Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Betäubungsmittel (EG BetmG)

Vom 6. September 1979 (Stand 1. Januar 2020)

Der Kantonsrat des Kantons Zug,

in Ausführung von Art. 29d des Bundesgesetzes über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe vom 3. Oktober 1951[1)] (nachfolgend Bundesgesetz genannt) sowie gestützt auf § 41 Abs. 1 Bst. b der Kantonsverfassung[2)], *

beschliesst:

1. Zuständigkeit

§ 1 Regierungsrat

[1] Der Regierungsrat übt die Oberaufsicht über die Anwendung dieses Gesetzes aus. *

§ 2 Gesundheitsdirektion *

[1] Die Gesundheitsdirektion übt die Aufsicht über die Heilmittelkontrolle, über die Kantonsärztin oder den Kantonsarzt, über die Fachstelle Suchtberatung und Suchtprävention sowie über die zugelassenen privaten Behandlungs- und Sozialhilfestellen aus. *

[2] Der Gesundheitsdirektion stehen alle Befugnisse zu, die nicht ausdrücklich andern Organen übertragen sind. *

[3] Die Gesundheitsdirektion ist namentlich zuständig für *

a) * die Zulassung privater Behandlungs- und Sozialhilfestellen zur Betreuung von Personen mit suchtbedingten Störungen;

b) * …

1) SR 812.121
2) BGS 111.1

c) * …
d) * …

§ 3 Heilmittelkontrolle *

[1] Die Heilmittelkontrolle ist zuständig für: *

a) * …
b) * …
c) * die Erteilung und den Entzug von Bewilligungen an Krankenhäuser und Institute;
d) * die Beschränkung der Befugnisse der Zahnärztinnen und Zahnärzte auf bestimmte Betäubungsmittel;
e) * die Aufsicht über Vorräte verbotener Betäubungsmittel;
f) * die Kontrolle der dem Bundesgesetz unterstehenden Firmen, Personen, Anstalten und Institute;
g) * die Verwahrung, Verwertung und Vernichtung von Betäubungsmitteln;
h) * …
i) * …
k) * …
l) * die Erteilung von Bewilligungen an kantonale Behörden und Gemeindebehörden, im Rahmen ihrer Tätigkeit mit Betäubungsmitteln umzugehen.

§ 4 Kantonsärztin oder Kantonsarzt *

[1] Die Kantonsärztin oder der Kantonsarzt ist zuständig für: *

a) * die Entgegennahme der Meldungen von Fällen gemäss Art. 3c Abs. 1 des Bundesgesetzes sowie die Einleitung der notwendigen Massnahmen, insbesondere die Weiterleitung von Meldungen an die Fachstelle Suchtberatung und Suchtprävention zur weiteren Abklärung;
b) * …
c) * die Entgegennahme von Meldungen von Amtsstellen, Ärztinnen und Ärzten, Apothekerinnen und Apothekern über Fälle von missbräuchlichem Bezug von Betäubungsmitteln und psychotropen Stoffen, die unter das Bundesgesetz fallen, und die Einschränkung oder Sperrung des Bezugs. Sie oder er verständigt die Kantonsärztin oder den Kantonsarzt sowie die Kantonsapothekerin oder den Kantonsapotheker anderer Kantone;

d) * die Entgegennahme von Meldungen betreffend ärztliche oder tierärztliche Abgabe oder Verordnung von als Arzneimittel zugelassenen Betäubungsmitteln für eine andere als die zugelassenenen Indikationen (Off-Label-Use).

2. Massnahmen gegen den Betäubungsmittelmissbrauch

§ 5 * Grundsatz

[1] Kanton und Gemeinden treffen Massnahmen gegen den Betäubungsmittelmissbrauch, insbesondere durch:

a) Koordination von Massnahmen in den Bereichen Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention;
b) * Ausrichtung von Beiträgen an Behandlungs- und Betreuungsstellen sowie an Institutionen, die in besonderem Masse Leistungen zur Bekämpfung des Betäubungsmittelmissbrauchs oder in der Suchthilfe erbringen;
c) Abschluss von Verträgen mit Spezialkliniken und Rehabilitationseinrichtungen.

§ 6 * Primärprävention

[1] Die Primärprävention hat die Erhaltung und Förderung der Gesundheit ohne Sucht zum Ziel, vor allem durch Erziehungs-, Bildungs- und Aufklärungsarbeit sowie durch Förderung einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung.

[2] Für die Sicherstellung und Finanzierung der primärpräventiven Bildungs- und Aufklärungsarbeit ist der Kanton zuständig.

[3] Die Finanzierung gemeindespezifischer Aktivitäten, z.B. Förderung einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung, ist Sache der Gemeinden.

[4] Die Fachstelle Suchtberatung und Suchtprävention ist zuständig für die operative Planung und Koordination der Primärprävention im Suchtbereich. *

[5] In Zusammenarbeit mit den Erziehungsverantwortlichen, den Schulen und weiteren Institutionen, die im Gesundheitswesen Informationsarbeit leisten, wird die Primärprävention zu einer Gesundheitsförderung, insbesondere für Jugendliche, entwickelt.

§ 7 * Sekundärprävention

[1] Die Sekundärprävention zielt auf frühzeitige Erfassung und Behandlung einer Suchtentwicklung. Sie bietet Hilfen zur Bewältigung von Krisen und Problemen durch Beratung und Behandlung, insbesondere auch durch Drogenentzug und Rehabilitation. Sekundärprävention ist auf Suchtfreiheit ausgerichtet.

[2] Für den Bereich der Sekundärprävention sind Kanton und Gemeinden gemeinsam zuständig. Die staatlichen Beiträge werden grundsätzlich je zur Hälfte vom Kanton und von den Gemeinden nach Massgabe der ständigen Wohnbevölkerung getragen. *

[3] Der staatliche Beitrag an die Tagestaxe für den Drogenentzug und für die Rehabilitation von Personen mit suchtbedingten Störungen wird je zur Hälfte vom Kanton und von der zuständigen Gemeinde getragen. *

[4] Der Regierungsrat kann die Aufgabe der Gassenarbeit auf Antrag der Drogenkonferenz an eine private Institution übertragen. Kanton und Gemeinden tragen je die Hälfte des staatlichen Beitrages.

[5] Die Fachstelle Suchtberatung und Suchtprävention bietet Beratung und ambulante Betreuung für Suchtgefährdete und Personen mit suchtbedingten Störungen an, insbesondere für Betäubungsmittelabhängige und deren Bezugspersonen. Der Kanton trägt die Kosten der Fachstelle. *

§ 8 * Tertiärprävention

[1] Die Tertiärprävention zielt auf die Verhinderung von Folgeschäden einer Sucht und auf die Verbesserung der Lebenssituation von Personen mit suchtbedingten Störungen sowie auf die Einschränkung der Verfügbarkeit von Drogen, um das Ziel der Suchtfreiheit anzustreben. *

[2] Für die Finanzierung von Projekten und Massnahmen im Bereich der Tertiärprävention sind mit Ausnahme der kriminalpolizeilichen Massnahmen im Kanton Zug die Gemeinden zuständig. Die Kostenteilung jener Projekte und Massnahmen, über welche die Drogenkonferenz beschliesst, erfolgt nach Massgabe der ständigen Wohnbevölkerung. *

§ 9 * Drogenkonferenz

[1] Die Koordination wird durch die Drogenkonferenz sichergestellt. Die Gemeinden delegieren vier Mitglieder gemeindlicher Exekutiven, der Regierungsrat wählt drei seiner Mitglieder in die Drogenkonferenz. Der Vorsteher oder die Vorsteherin der Gesundheitsdirektion führt von Amtes wegen den Vorsitz. *

[2] Die Drogenkonferenz beschliesst über Massnahmen zur Bekämpfung des Betäubungsmittelmissbrauchs und zur Suchthilfe, insbesondere über: *

a) Leistungsaufträge von subventionierten Institutionen und Projekten;
b) Grundsätze des Controllings zur Überprüfung von subventionierten Institutionen und Projekten;
c) Projekte und Massnahmen im Bereich der Sekundär- und Tertiärprävention.

[3] Die Drogenkonferenz unterbreitet Kreditbeschlüsse dem Regierungsrat zur Genehmigung.

§ 10 * Beauftragte oder Beauftragter für Suchtfragen *

[1] Die oder der Beauftragte für Suchtfragen nimmt die operative Leitung und Koordination in der Suchthilfe wahr. Sie oder er ist der Gesundheitsdirektion unterstellt. *

§ 11 * Verträge mit Spezialkliniken und Rehabilitationseinrichtungen

[1] Der Regierungsrat kann die Aufnahme von Personen mit suchtbedingten Störungen oder von erheblich gefährdeten Personen mit Wohnsitz im Kanton Zug in kantonalen und ausserkantonalen Spezialkliniken und Rehabilitationseinrichtungen vertraglich regeln. *

[2] Der Regierungsrat kann an die Institutionen Betriebskostenbeiträge oder Defizitbeiträge leisten. Die Beitragsleistung kann an die Einhaltung eines Leistungsauftrags geknüpft werden. Die Finanzierung der staatlichen Beitragsleistungen erfolgt gemäss § 7 Abs. 2 und 3 dieses Gesetzes.

[3] Der Regierungsrat kann im Rahmen des Budgets Beiträge an den Kauf von Liegenschaften zur Führung von Rehabilitationseinrichtungen sowie an Um- und Ausbauten leisten.

§ 12 * …

3. Behandlung von Personen mit suchtbedingten Störungen *

§ 13 Bewilligung

[1] Zur Verschreibung, Abgabe und Verabreichung von Betäubungsmitteln an Personen mit suchtbedingten Störungen sind nur Ärztinnen und Ärzte befugt, die von der Kantonsärztin oder vom Kantonsarzt ermächtigt sind. *

[2] In Notfällen kann ausnahmsweise jede Ärztin und jeder Arzt mit einer gültigen Berufsausübungsbewilligung des Kantons Zug Betäubungsmittel an Personen mit suchtbedingten Störungen verschreiben, abgeben und verabreichen. Die Notfallärztin oder der Notfallarzt ist verpflichtet, die Patientin oder den Patienten unverzüglich an eine Ärztin oder einen Arzt mit einer Bewilligung gemäss Abs. 1 zu überweisen. *****

§ 14 Voraussetzungen

[1] Bewilligungen werden nur Ärztinnen und Ärzten erteilt, die nachweisbar über spezielle Kenntnisse in der Behandlung von Personen mit suchtbedingten Störungen und über eine gültige Berufsausübungsbewilligung des Kantons Zug verfügen. *****

4. … *

§ 15 * …

§ 16 * …

5. Gebühren und Strafbestimmungen

§ 17 ...[3)]

§ 18 Strafbestimmungen

[1] Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieses Gesetzes fallen unter die Strafbestimmung von Art. 22 des Bundesgesetzes. *****

6. Schlussbestimmungen

§ 19 Aufhebung widersprechenden Rechts

[1] Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes wird die kantonale Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Betäubungsmittel vom 10. Juli 1953[4)] aufgehoben.

[3)] Obsolet; die Gebühren sind in Art. 69 der Betäubungsmittel-Verordnung geregelt (SR 812.121.1).

[4)] GS 17, 55

§ 20 Vollzug

[1] Der Regierungsrat vollzieht dieses Gesetz.

§ 21 Inkrafttreten

[1] Das Gesetz tritt unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Bundesrat[5)] und des Referendums gemäss § 34 der Kantonsverfassung[6)] sofort in Kraft. Das Gesetz ist im Amtsblatt zu veröffentlichen und in die Gesetzessammlung aufzunehmen.

5) Vom Bundesrat genehmigt am 23. Nov. 1979 (GS 21, 352).
6) BGS 111.1

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	GS Fundstelle
06.09.1979	06.09.1979	Erlass	Erstfassung	GS 21, 345
26.01.1995	01.04.1995	§ 2 Abs. 1	geändert	GS 25, 87
26.01.1995	01.04.1995	§ 5	totalrevidiert	GS 25, 87
26.01.1995	01.04.1995	§ 6	totalrevidiert	GS 25, 87
26.01.1995	01.04.1995	§ 7	totalrevidiert	GS 25, 87
26.01.1995	01.04.1995	§ 8	totalrevidiert	GS 25, 87
26.01.1995	01.04.1995	§ 9	totalrevidiert	GS 25, 87
26.01.1995	01.04.1995	§ 10	totalrevidiert	GS 25, 87
26.01.1995	01.04.1995	§ 11	totalrevidiert	GS 25, 87
26.01.1995	01.04.1995	§ 12	totalrevidiert	GS 25, 87
22.12.1998	01.01.1999	§ 2	Titel geändert	GS 26, 191
22.12.1998	01.01.1999	§ 2 Abs. 1	geändert	GS 26, 191
22.12.1998	01.01.1999	§ 2 Abs. 2	geändert	GS 26, 191
22.12.1998	01.01.1999	§ 2 Abs. 3	geändert	GS 26, 191
22.12.1998	01.01.1999	§ 3	Titel geändert	GS 26, 191
22.12.1998	01.01.1999	§ 3 Abs. 1	geändert	GS 26, 191
22.12.1998	01.01.1999	§ 4 Abs. 1, b)	geändert	GS 26, 191
22.12.1998	01.01.1999	§ 9 Abs. 1	geändert	GS 26, 191
22.12.1998	01.01.1999	§ 10 Abs. 1	geändert	GS 26, 191
22.12.1998	01.01.1999	§ 12 Abs. 3	geändert	GS 26, 191
22.12.1998	01.01.1999	§ 13 Abs. 1	geändert	GS 26, 191
22.12.1998	01.01.1999	§ 15 Abs. 1	geändert	GS 26, 191
29.05.2008	01.01.2008	§ 7 Abs. 2	geändert	GS 29, 880
25.09.2014	06.12.2014	Ingress	geändert	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 1 Abs. 1	geändert	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 2 Abs. 1	geändert	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 2 Abs. 3	geändert	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 2 Abs. 3, a)	geändert	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 2 Abs. 3, b)	aufgehoben	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 2 Abs. 3, c)	aufgehoben	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 2 Abs. 3, d)	aufgehoben	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 3 Abs. 1, a)	aufgehoben	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 3 Abs. 1, b)	aufgehoben	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 3 Abs. 1, c)	geändert	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 3 Abs. 1, d)	geändert	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 3 Abs. 1, e)	geändert	GS 2014/062

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	GS Fundstelle
25.09.2014	06.12.2014	§ 3 Abs. 1, f)	geändert	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 3 Abs. 1, g)	geändert	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 3 Abs. 1, h)	aufgehoben	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 3 Abs. 1, i)	aufgehoben	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 3 Abs. 1, k)	aufgehoben	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 3 Abs. 1, l)	eingefügt	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 4	Titel geändert	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 4 Abs. 1	geändert	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 4 Abs. 1, a)	geändert	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 4 Abs. 1, b)	aufgehoben	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 4 Abs. 1, c)	eingefügt	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 4 Abs. 1, d)	eingefügt	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 5 Abs. 1, b)	geändert	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 6 Abs. 4	geändert	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 7 Abs. 2	geändert	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 7 Abs. 3	geändert	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 7 Abs. 5	geändert	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 8 Abs. 1	geändert	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 8 Abs. 2	geändert	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 9 Abs. 2	geändert	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 10	Titel geändert	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 10 Abs. 1	geändert	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 11 Abs. 1	geändert	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 12 Abs. 2, b)	geändert	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	Titel 3.	geändert	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 13 Abs. 1	geändert	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 13 Abs. 2	geändert	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 14 Abs. 1	geändert	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	Titel 4.	aufgehoben	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 15	aufgehoben	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 16	aufgehoben	GS 2014/062
25.09.2014	06.12.2014	§ 18 Abs. 1	geändert	GS 2014/062
28.11.2017	01.01.2018	§ 12 Abs. 1	geändert	GS 2017/075
29.11.2018	01.01.2020	§ 7 Abs. 2	geändert	GS 2019/079
29.11.2018	01.01.2020	§ 8 Abs. 2	geändert	GS 2019/079
29.11.2018	01.01.2020	§ 12	aufgehoben	GS 2019/080

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	GS Fundstelle
Erlass	06.09.1979	06.09.1979	Erstfassung	GS 21, 345
Ingress	25.09.2014	06.12.2014	geändert	GS 2014/062
§ 1 Abs. 1	25.09.2014	06.12.2014	geändert	GS 2014/062
§ 2	22.12.1998	01.01.1999	Titel geändert	GS 26, 191
§ 2 Abs. 1	26.01.1995	01.04.1995	geändert	GS 25, 87
§ 2 Abs. 1	22.12.1998	01.01.1999	geändert	GS 26, 191
§ 2 Abs. 1	25.09.2014	06.12.2014	geändert	GS 2014/062
§ 2 Abs. 2	22.12.1998	01.01.1999	geändert	GS 26, 191
§ 2 Abs. 3	22.12.1998	01.01.1999	geändert	GS 26, 191
§ 2 Abs. 3	25.09.2014	06.12.2014	geändert	GS 2014/062
§ 2 Abs. 3, a)	25.09.2014	06.12.2014	geändert	GS 2014/062
§ 2 Abs. 3, b)	25.09.2014	06.12.2014	aufgehoben	GS 2014/062
§ 2 Abs. 3, c)	25.09.2014	06.12.2014	aufgehoben	GS 2014/062
§ 2 Abs. 3, d)	25.09.2014	06.12.2014	aufgehoben	GS 2014/062
§ 3	22.12.1998	01.01.1999	Titel geändert	GS 26, 191
§ 3 Abs. 1	22.12.1998	01.01.1999	geändert	GS 26, 191
§ 3 Abs. 1, a)	25.09.2014	06.12.2014	aufgehoben	GS 2014/062
§ 3 Abs. 1, b)	25.09.2014	06.12.2014	aufgehoben	GS 2014/062
§ 3 Abs. 1, c)	25.09.2014	06.12.2014	geändert	GS 2014/062
§ 3 Abs. 1, d)	25.09.2014	06.12.2014	geändert	GS 2014/062
§ 3 Abs. 1, e)	25.09.2014	06.12.2014	geändert	GS 2014/062
§ 3 Abs. 1, f)	25.09.2014	06.12.2014	geändert	GS 2014/062
§ 3 Abs. 1, g)	25.09.2014	06.12.2014	geändert	GS 2014/062
§ 3 Abs. 1, h)	25.09.2014	06.12.2014	aufgehoben	GS 2014/062
§ 3 Abs. 1, i)	25.09.2014	06.12.2014	aufgehoben	GS 2014/062
§ 3 Abs. 1, k)	25.09.2014	06.12.2014	aufgehoben	GS 2014/062
§ 3 Abs. 1, l)	25.09.2014	06.12.2014	eingefügt	GS 2014/062
§ 4	25.09.2014	06.12.2014	Titel geändert	GS 2014/062
§ 4 Abs. 1	25.09.2014	06.12.2014	geändert	GS 2014/062
§ 4 Abs. 1, a)	25.09.2014	06.12.2014	geändert	GS 2014/062
§ 4 Abs. 1, b)	22.12.1998	01.01.1999	geändert	GS 26, 191
§ 4 Abs. 1, b)	25.09.2014	06.12.2014	aufgehoben	GS 2014/062
§ 4 Abs. 1, c)	25.09.2014	06.12.2014	eingefügt	GS 2014/062
§ 4 Abs. 1, d)	25.09.2014	06.12.2014	eingefügt	GS 2014/062
§ 5	26.01.1995	01.04.1995	totalrevidiert	GS 25, 87
§ 5 Abs. 1, b)	25.09.2014	06.12.2014	geändert	GS 2014/062

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	GS Fundstelle
§ 6	26.01.1995	01.04.1995	totalrevidiert	GS 25, 87
§ 6 Abs. 4	25.09.2014	06.12.2014	geändert	GS 2014/062
§ 7	26.01.1995	01.04.1995	totalrevidiert	GS 25, 87
§ 7 Abs. 2	29.05.2008	01.01.2008	geändert	GS 29, 880
§ 7 Abs. 2	25.09.2014	06.12.2014	geändert	GS 2014/062
§ 7 Abs. 2	29.11.2018	01.01.2020	geändert	GS 2019/079
§ 7 Abs. 3	25.09.2014	06.12.2014	geändert	GS 2014/062
§ 7 Abs. 5	25.09.2014	06.12.2014	geändert	GS 2014/062
§ 8	26.01.1995	01.04.1995	totalrevidiert	GS 25, 87
§ 8 Abs. 1	25.09.2014	06.12.2014	geändert	GS 2014/062
§ 8 Abs. 2	25.09.2014	06.12.2014	geändert	GS 2014/062
§ 8 Abs. 2	29.11.2018	01.01.2020	geändert	GS 2019/079
§ 9	26.01.1995	01.04.1995	totalrevidiert	GS 25, 87
§ 9 Abs. 1	22.12.1998	01.01.1999	geändert	GS 26, 191
§ 9 Abs. 2	25.09.2014	06.12.2014	geändert	GS 2014/062
§ 10	26.01.1995	01.04.1995	totalrevidiert	GS 25, 87
§ 10	25.09.2014	06.12.2014	Titel geändert	GS 2014/062
§ 10 Abs. 1	22.12.1998	01.01.1999	geändert	GS 26, 191
§ 10 Abs. 1	25.09.2014	06.12.2014	geändert	GS 2014/062
§ 11	26.01.1995	01.04.1995	totalrevidiert	GS 25, 87
§ 11 Abs. 1	25.09.2014	06.12.2014	geändert	GS 2014/062
§ 12	26.01.1995	01.04.1995	totalrevidiert	GS 25, 87
§ 12	29.11.2018	01.01.2020	aufgehoben	GS 2019/080
§ 12 Abs. 1	28.11.2017	01.01.2018	geändert	GS 2017/075
§ 12 Abs. 2, b)	25.09.2014	06.12.2014	geändert	GS 2014/062
§ 12 Abs. 3	22.12.1998	01.01.1999	geändert	GS 26, 191
Titel 3.	25.09.2014	06.12.2014	geändert	GS 2014/062
§ 13 Abs. 1	22.12.1998	01.01.1999	geändert	GS 26, 191
§ 13 Abs. 1	25.09.2014	06.12.2014	geändert	GS 2014/062
§ 13 Abs. 2	25.09.2014	06.12.2014	geändert	GS 2014/062
§ 14 Abs. 1	25.09.2014	06.12.2014	geändert	GS 2014/062
Titel 4.	25.09.2014	06.12.2014	aufgehoben	GS 2014/062
§ 15	25.09.2014	06.12.2014	aufgehoben	GS 2014/062
§ 15 Abs. 1	22.12.1998	01.01.1999	geändert	GS 26, 191
§ 16	25.09.2014	06.12.2014	aufgehoben	GS 2014/062
§ 18 Abs. 1	25.09.2014	06.12.2014	geändert	GS 2014/062